

Anfrage der CDU-Fraktion zur Erfassung von Verstößen und zur Wirksamkeit von Kontrollen von Gewerbebeanmeldungen zur Verhinderung von Sozialbetrug

Im Kommunalverfassungsgesetz (KVG LSA, § 43) heißt es: „Jedes ehrenamtliche Mitglied der Vertretung kann zur eigenen Unterrichtung in allen Angelegenheiten der Kommune und ihrer Verwaltung von dem Hauptverwaltungsbeamten Auskunft verlangen; ihm muss durch den Hauptverwaltungsbeamten Auskunft erteilt werden.“

Die CDU-Fraktion hat den gefestigten Eindruck, dass die Stadtverwaltung Fragen zu diesem Themenkomplex nicht ernsthaft beantworten möchte. In sämtlichen Antworten zu dieser Thematik werden keine Aussagen über die Wirksamkeit im Kampf gegen Leistungsmissbrauch getroffen. Gerade diese Wirksamkeit von Kontrollen ist aber von großem Interesse. Denn Sozialbetrug hat eine negative Auswirkung auf die finanziellen Spielräume der Stadt (Halle). Die von uns gestellte Frage, ob und wie die Verwaltung derartigen Missständen abhelfen will, bleibt damit unbeantwortet.

Auf die Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu „Gewerbebeanmeldungen und der missbräuchlichen Nutzung für Sozialbetrug“ (VI/2019/05178) vom Mai 2019 mit der Fragestellung, wie viele Überprüfungen in den Jahren 2015 bis 2019 hinsichtlich der tatsächlichen Gewerbeausübungen von Personen anderer Staatsangehörigkeit erfolgt sind, antwortet die Verwaltung: „Es seien keine Überprüfungen erfolgt.“

In der Anfrage der CDU-Fraktion zum gleichen Thema vom August 2019 (VI/2019/00091) gab die Verwaltung bekannt, dass im Jobcenter ein eigenständiges Team Ordnungswidrigkeiten (OWiG)/Ermittlungsdienst besteht. Zudem würde über Zahlen/Daten und Fakten in der Trägerversammlung berichtet.

Hierzu fragen wir:

- 1. Wenn es ein eigenständiges Team zur Ahndung entsprechender Verstöße gibt, verwundert die Aussage vom Mai, dass keine Überprüfungen stattfanden. Warum wurde die Stadtratsanfrage vom Mai unzutreffend beantwortet?**
- 2. Warum sollen entsprechende Angaben nur gegenüber der Trägerversammlung und nicht dem Stadtrat kommuniziert werden?**
- 3. Wie kann der Stadtrat Kenntnis erlangen, über die Ergebnisse der Ermittlungen zu Leistungsmissbrauch (Fallzahlen, Sanktionen, etc.), da entsprechende Daten der Trägerversammlung des Jobcenters vorliegen?**
- 4. Wie viele Personen sind im Team Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG)/Ermittlungsdienst für die Aufarbeitung von Verdachtsfällen auf Leistungsmissbrauch zuständig?**

Weiterhin heißt es in der Antwort der Verwaltung auf die Vorlage mit der Nummer VI/2019/05210 vom Mai 2019: (Frage: Wie oft wurde der Aufenthalt für Sozialleistungen beziehende EU-Ausländer wegen fehlender wirtschaftlicher Tätigkeit in der Stadt Halle beendet?): „Hierzu sind keine Aussagen möglich.“

In der Anfrage der CDU-Fraktion zur Kontrolle von Gewerbebeanmeldungen und Bekämpfung von Sozialbetrug durch die Verwaltung der Stadt Halle (Saale) vom 06.08.2019 fragten wir deshalb: „Weshalb ist hierzu keine Aussage möglich?“

In der Antwort der Verwaltung vom 20.08.2019 auf die Anfrage der CDU-Fraktion zur Kontrolle von Gewerbebeanmeldungen und Bekämpfung von Sozialbetrug durch die Verwaltung der Stadt Halle (Saale) vom 06.08.2019 heißt es weiterhin auf unsere Frage, weshalb keine Aussagen möglich seien:

„Die Anzahl der Fälle, in denen die Ausländerbehörde das Nichtbestehen der Freizügigkeit festgestellt hat, werden nicht elektronisch erfasst.“

Wir fragen weiter:

5. **Warum bedurfte es mehrerer Anfragen um von der Verwaltung in Erfahrung zu bringen, dass entsprechende Verstöße festgestellt wurden?**
6. **Weshalb verhindert die Art der erfolgenden Praxis der Erfassung und Speicherung von Fällen eine Auskunftsfähigkeit zur Anzahl der Fälle, in denen die Ausländerbehörde das Nichtbestehen der Freizügigkeit festgestellt hat?**
7. **Wie hoch ist die Anzahl der Fälle nach händischer Sichtung der Akten?**
8. **Warum werden Fälle, in denen Aufenthaltstitel/Gewerbebeanmeldungen entzogen wurden nicht elektronisch erfasst? Müssten nicht andere Stellen informiert werden, da möglicherweise Leistungsvoraussetzungen nicht mehr gegeben sind?**

Andreas Scholtyssek
Fraktionsvorsitzender